

Sitzungsperiode 2024-2025
Sitzung des Ausschusses I vom 16. Juni 2025

FRAGESTUNDE*

- **Frage Nr. 217 von Frau NEUENS (SP) an Ministerpräsident PAASCH zu den Zukunftsperspektiven der Ostbelgieninvest (OBI)**

Auch wenn sie nicht in die direkte Zuständigkeit der DG fällt, spielt die OBI inzwischen seit über 30 Jahren eine wichtige Rolle bei der Festigung und Weiterentwicklung des Wirtschaftsstandortes Ostbelgien. In ihrer regionalpolitischen Erklärung zu Beginn der aktuellen Legislaturperiode kündigte die Wallonische Regierung eine Rationalisierung und eine Reduzierung der Investitionsgesellschaften auf dem Gebiet der Wallonischen Region an. Dieses Unterfangen dürfte auch Auswirkungen auf die OBI haben und könnte schlimmstenfalls deren Existenz in Frage stellen, da immer wieder von einer Investitionsgesellschaft pro Provinz die Rede ist.

Auf eine diesbezügliche schriftliche Frage der Abgeordneten Christine Mauel vom 16. April 2025 hat der zuständige Minister Pierre-Yves Jeholet sehr ausweichend geantwortet und keine eindeutige Antwort auf die Frage nach der Aufrechterhaltung der OBI gegeben, obschon die Fragestellerin ihn genau dazu befragt hatte. Allerdings hat er angekündigt, dass den verbleibenden lokalen Investitionsgesellschaften in Zukunft keine zusätzlichen Mittel aus dem Haushalt der Wallonischen Region zur Verfügung gestellt würden und dass diese gegebenenfalls nach neuen Aktionären Ausschau halten sollten.

Diese Entwicklung wirft konkrete Fragen für die Zukunft der OBI auf und lässt u.a. eine mögliche Zusammenarbeit mit der Proma-Investitionsgesellschaft, deren Hauptaktionär die DG ist, in einem neuen Licht erscheinen.

Dazu meine Fragen:

1. Sind Existenz und Weiterentwicklung der OBI Gegenstand von Verhandlungen mit der Wallonischen Regierung?
2. Wie sieht die Regierung die Zukunftsperspektiven der OBI im Rahmen der von der Wallonischen Regierung geplanten Reform?
3. Kann sich die Regierung eine engere strukturelle Zusammenarbeit zwischen der DG bzw. der Proma und der OBI vorstellen, so wie sie bei der OBI Anfang der 90er-Jahre des vorigen Jahrhunderts bestanden hat?

- **Frage Nr. 218 von Frau JADIN (PFF) an Ministerpräsident PAASCH zur Umsetzung des Glasfaserausbaus durch GoFiber**

Der Glasfaserausbau ist ein zentrales Zukunftsthema für unsere Region – entscheidend für die Digitalisierung, für die Wettbewerbsfähigkeit unserer Unternehmen und für gleichwertige

* Die nachfolgend veröffentlichten Fragen entsprechen der von den Fragestellern hinterlegten Originalfassung.

Lebensbedingungen in allen Gemeinden. Deshalb haben wir dieses Vorhaben von Anfang an mitgetragen – genauso wie die Gründung von GoFiber, die in Kooperation mit der DG, Proximus und Ethias entstanden ist.

Die Idee, als DG Teil eines solchen öffentlichen Glasfaserunternehmens zu sein, haben wir immer befürwortet – nicht zuletzt, weil so regionale Interessen mitgedacht werden sollten.

Was wir allerdings aktuell erleben, entspricht nicht den Erwartungen, die viele in das Projekt gesetzt haben:

- Subunternehmer erscheinen mitunter gar nicht oder deutlich verspätet,
- die betroffenen Haushalte werden häufig viel zu spät – oder gar nicht – informiert,
- und in manchen Fällen erfolgt die Kommunikation ausschließlich auf Deutsch – obwohl auch französischsprachige Anwohner von den Arbeiten betroffen sind.

Herr Ministerpräsident, Sie vertreten die DG als Anteilseigner von GoFiber – und Sie sind in dieser Rolle auch mitverantwortlich für die strategische Ausrichtung und die Qualität der Umsetzung.

Daher meine Frage:

1. Wie bewerten Sie den aktuellen Verlauf der Ausbauarbeiten durch GoFiber?
2. Welche Maßnahmen gedenken Sie zu ergreifen, um die Koordination zu verbessern und eine verlässliche Kommunikation gegenüber Gemeinden sowie Bürgerinnen und Bürgern sicherzustellen?

• **Frage Nr. 219 von Herrn BALTER (VIVANT) an Ministerpräsident PAASCH zum Thema „Belgien droht langfristige Verschlechterung der Haushaltslage“**

Während Belgien laut Planbüro bis 2030 auf ein Haushaltsdefizit von bis zu 6,5 % und eine Staatsverschuldung von 120 % des BIP zusteuert, wiegen sich einzelne Teilstaaten offenbar noch in trügerischer Sicherheit. Auch die DG-Regierung zeigt sich in ihrer Haushaltsanpassung 2025 erstaunlich optimistisch – trotz düsterer Prognosen.¹ Die Nationalbank warnt vor einem finanzpolitischen Blindflug und sieht die öffentlichen Finanzen auf einem nicht tragfähigen Kurs. Gouverneur Pierre Wunsch brachte es unmissverständlich auf den Punkt: „Was nicht tragfähig ist, kann nicht von Dauer sein.“ Und er warnte: Bei einer Rezession könne das Defizit auf über 7 % explodieren – mit massiven Folgen für Kreditwürdigkeit und Zinskosten.²

Trotz dieser Warnungen kalkuliert die DG-Regierung weiterhin mit vergleichsweise günstigen wirtschaftlichen Annahmen: Während das Föderale Planbüro ab 2026 nur noch mit einem Wachstum von 1,0 % und 2027 sogar mit lediglich 0,9 % rechnet, geht die DG in ihrer Haushaltsplanung implizit von einem Wachstum zwischen 1,2 und 1,3 % aus – also von deutlich besseren Rahmenbedingungen.

Dabei betonen Sie, Herr Ministerpräsident Paasch, immer wieder, man rechne grundsätzlich mit dem schlimmsten Fall.

Meine Frage an Sie lautet:

- Wie wird sich die aktuelle Entwicklung auf die Haushaltslage der DG auswirken?

¹ GE - Belgien droht langfristige Verschlechterung der Haushaltslage - <https://www.grenzecho.net/124484/artikel/2025-06-11/belgien-droht-langfristige-verschlechterung-der-haushaltslage>.

² GE - Belgien droht finanzpolitischer Blindflug - <https://www.grenzecho.net/art/d-20250606-HCG6CJ>.